Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltz, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) ½ Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) .— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus invertorgten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr 33 — Mittwoch, den 9 Februar 1921. — 44. Jahrgang

Die Technische Nothilfe im neuen Jahr.

Vor kurzem veröffentlichte der Berliner Lokalanzeiger eine amtliche Aufstellung, nach welchem im Jahre 1917 der deutschen Volkswirtschaft rund 800 000 Arbeitstage durch Streiks verloren gingen. Im Jahre 1919 waren es schon 45,6 Millionen Arbeitstage, die infolge Streiks ausfielen. Für 1920 sind die entsprechenden Zahlen noch nicht erreichnet, doch sind auch in diesem Jahre uns unermeßlich große Werte des volkswirtschaftlichen Vermögens durch Streiks und zwar nicht durch gewerkschaftlich organisierte, sondern wilde Streiks vernichtet worden. Auf der anderen Seite ist jedoch festzustellen, daß in der deutschen Arbeiterschaft die Erkenntnis immer mehr an Boden gewinnt, daß nichts zur Erholung der deutschen Volkswirtschaft so notwendig ist, wie eine stetige, ununterbrochene Produktion. Je mehr das Streikfieber abflaut, und die Stetigkeit in der Produktion gewährleistet ist, desto mehr kann die Technische Nothilfe abgebaut werden, da ja keineswegs als dauernde Einrichtung gedacht ist. Immerhin ist sie im letzten Jahre oft genug den Retter in der Not gewesen und noch vor wenigen Wochen hat sie in Berlin bei dem Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter die Notstandsarbeiten in den drei großen Berliner Elektrizitätswerken durchgeführt. Für ihre segensreiche Tätigkeit hat sie die Anerkennung aller Parteien im Reichstage gefunden, mit Ausnahme jener Kreise, die sich selbst als Feinde unseres heutigen Staatswesens bezeichnen. Die Zahl der Nothelfer ist jetzt schon insgesamt auf 152 000 angewachsen. Man darf sagen, daß die Technische Nothilfe seit Jahresfrist lawinenartig angewachsen ist. Immer mehr gewinnt sie auch in der Arbeiterschaft an Freunden. So haben die christlichen Gewerkschaften sich noch vor kurzem in einem Kongreßbeschluß für die Technische Nothilfe erklärt und auch bei den Hirsch-Dunckerschen Arbeitern bricht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die Technische Nothilfe bei den jetzigen Formen, in denen sich der wirtschaftliche Kampf vollzieht, zwar ein Uebel, aber eine Notwendigkeit bedeutet. Und so befreunden auch sie sich immer mehr mit den Grundgedanken der Technischen Nothilfe.

Die Entwickelung der Technischen Nothilfe im letzten Jahre ist für den, dem das Wohl der deutschen Not vor Augen steht, ein Lichtblick in trüben Tagen. In ihr finden sich immer größere Kreise des werktätigen deutschen Volkes zu positiver Mitarbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes zusammen. Hier ist endlich einmal ein Gebiet, wo jeder fruchtbare Arbeit leisten kann und wo tatsächlich solche in immer mehr zunehmendem Maße geleistet wird. Das ist doppelt zu begrüßen in unserer Zeit, wo vielfach alle Schaffensfreude erstickt wird in einem Wust von Papier und einer Hochflut von Worten.

Aus dem Reiche.

Hergt zur Bildung einer Einheitsfront.

Berlin, 8. Febr. Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister a. D. **Dr. Hergt**, sprach am Sonnabend in Stettin über die Einheitsfront und darüber, warum sie bisher nicht zustandegekommen sei. Das Scheitern der Verhandlungen bezeichnete Hergt als ein Mißverständnis. Er führte aus, er habe bei den Besprechungen mit Becker und Rieger den Eindruck gehabt, daß die Sache mehr als eine formale Koalition nach außen hin gedacht war, nicht aber als eine vollinhaltliche Koalition, die auch innerpolitisch von Wirkung und Dauer sein sollte. Wenn man eine Parteikoalition für nötig hielte, um die ganze Wucht der deutschen Einheit dem Feindbunde gegenüber zur Geltung zu bringen, dann könnte es nach deutschnationaler Auffassung nur eine **Koalition auf innerpolitischem Gebiete** sein. Für ihn sei die Sache allerdings noch nicht erledigt. Nachdem inzwischen auch die Mehrheitssozialisten sich ablehnend verhalten haben, sei eine Situation geschaffen, die auch inbezug auf die Auffassung der übrigen Parteien eine anderweitige Ueberprüfung erfordere. Aber damit müsse man fertig sein, wenn die Stunde der Not, der äußeren Not geschlagen haben wird. Sie wird kommen, wenn der Feindbund mit seinen Drohungen Ernst mache, wenn er tatsächlich zur Gewalt übergehe. Das sei der Zeitpunkt der, wie er im Reichstage ausgeführt habe, ein großes Geschlecht in Deutschland finden müsse.

Das deutsche Rüstzeug für die Londoner Konferenz.

Die ersten Beratungen der Sachverständigen.

Berlin, 8. Febr. Die Antwort auf die Londoner Einladung, die der französischen Botschaft in Berlin übergeben worden ist, ist auf Grund des gestrigen Kabinettsrates abgefaßt worden. Es darf nicht verhehlt werden, daß die Art und Fassung, in der die Mitteilung über die Antwort bekanntgegeben wurde, **mit einigem Mißbehagen aufgenommen** worden ist. Daß hier nur von der „Voraussetzung, daß auch die deutschen Gegenvorschläge zur Beratung gezogen werden," gesprochen wird und nicht auch davon, daß diese Vorschläge als Mitgrundlage der Verhandlungen anerkannt werden müssen, stand ja tatsächlich mit den kategorischen Worten Dr. Simons im Reichstage und mit vielen offiziösen Auslassungen in einem gewissen, aber nur scheinbaren Widerspruch.

Ob bei dieser vorsichtigen Formulierung die Rede Lloyd Georges in Birmingham mit ihrem Satz „Lieber sich beizeiten als den Bankerott herbeiführen mit all seinen Unbequemlichkeiten" eine Rolle gespielt hat, mag dahin gestellt sein. Man kann aus ihr aber nicht die Vermutung herleiten, daß das Kabinett umgefallen sei und auf einen faulen Vergleich hinarbeitet. **Die Regierung weiß selbst zu gut, daß sie in einem solchen Falle erledigt wäre und mit Schimpf und Schande aus ihrem Amte scheiden müßte.** Wenn man sich aber die Dinge so überlegt, wie sie sind, so wäre es tatsächlich nicht durchführbar, die Pariser Beschlüsse völlig zu ignorieren. Die Diskussion in London wird schon rein technisch ein Auseinanderhalten der beiden in London vorliegenden Entwürfe ganz unmöglich machen. Und da wohl als selbstverständlich angenommen werden kann, daß auch die Alliierten schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus einem deutschen „Nein" nicht nachgeben und erst recht auf ihren Beschlüssen bestehen bleiben würden, so **hieße es von vornherein jede Verhandlungsmöglichkeit ausschließen, wolle man die Pariser Beschlüsse überhaupt von der Erläuterung fern halten.** Eine Sabotierung der Möglichkeit, zu verhandeln, war aber niemals beabsichtigt.

Man wird also nicht fehl gehen in der Annahme — und die amtlichen Interpretationen gehen tatsächlich dahin —, daß **auf deutscher Seite nach wie vor der feste und unerschütterliche Wille besteht, die Forderungen, wie sie in Paris erhoben worden sind, abzulehnen, um statt dessen eine neue für Deutschland annehmbare Grundlage zu suchen und hoffentlich auch zu finden, auf der dann eine vernünftige Vereinbarung zustande kommt.**

In diesem Sinne wird Minister Dr. **Simons**, der voraussichtlich nach London gehen wird, verhandeln. Eine **Annahme der Pariser Beschlüsse ist also nach wie vor ausgeschlossen.**

Das Material, das die deutschen Unterhändler nach London mitnehmen werden, wird nach allem, was man hört, **sehr umfangreich und sehr instruktiv sein.** Die Arbeiten dafür stehen unter Leitung des Staatssekretärs **Bergmann**, der nach Erfahrungen und Kenntnissen auch der geeignetste Mann dafür sein dürfte. Sie sind bereits soweit gediehen, daß heute schon zum ersten Male ein Teil der in Aussicht genommenen **Sachverständigen** an den Beratungen teilnehmen konnte und zwar für den Finanzteil die Bankiers **Warburg** und **von Stauß**, für die Schiffahrt Generaldirektor **Cuno** von der Hapag, für die Industrie **Kirdorf** und **Stinnes**, ferner noch Professor **Bonn** usw.

Am 10. März neuer Landtag.

Berlin, 8. Febr. **Der neugewählte Landtag soll, wie von amtlicher Seite bekannt gegeben wird, schon zum 10. März einberufen werden, so daß noch vor der Karwoche der Landtag konstituiert, der Ministerpräsident ernannt und das Kabinett gebildet ist.**

Abschaffung der Brotkarte.

In der Bremer Handelskammer schlug J. Scipio (Bremen) im Rahmen eines Vortrages über die Getreidewirtschaft vor, zum Zwecke des allmählichen Abbaues der Zwangswirtschaft die Brotkarte stückweise abzuschaffen derart, daß zunächst die oberen Schichten der Bemittelten auf Grund des Steuerzettels vom Recht auf die Brotkarte ausgeschaltet werden. Von diesem Punkt aus ginge der Weg zur völligen Beseitigung der Brotkarte und zur Aufhebung der ganzen Getreidezwangswirtschaft. Der Ernährungsminister Dr. Hermes erklärte hierauf, daß die von Scipio vertretene Auffassung richtig sei. Die Regierung werde ihr folgen müssen, um wieder zur Gesundung des Wirtschaftslebens zu kommen. Die Selbstverwaltungskörper usw. seien eine Neuauflage der Zwangswirtschaft der Brotkarte. Scipios Vorschlag findet die größte Beachtung und wird vielleicht in einer ähnlichen Form verwirklicht werden.

Die bürgerlichen Parteien der Preußischen Landesversammlung

gaben hinsichtlich der Pariser Beschlüsse folgende Erklärung ab:

Die unerhörten Forderungen, die dem deutschen Volke von den Alliierten in der Wiederherstellungsfrage zugemutet worden sind, fanden den entrüsteten Widerspruch aller Volkskreise. Die preußische Volksvertretung schließt sich dem in vollem Maße an. Was mit den Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes vereinbar ist, muß den übernommenen Verpflichtungen entsprechen, die für die Wiederherstellung der durch den Krieg verwüsteten Gebiete übernommen wurden. Darüber hinaus aber kann keinem Volke zugemutet werden, sich freiwillig in die Sklaverei zu begeben. Diese Erniedrigung weist das deutsche Volk von sich, zumal damit zugleich seine Kinder und Kindeskinder zu einem Sklavendasein verurteilt würden. Die preußische Volksvertretung erwartet von der Reichsregierung, daß sie den ablehnenden Standpunkt unerschüttert beibehält und fordert in dieser ernsten Stunde, in der es sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt, alle Volkskreise auf, in der Abwehr dieser unmöglichen Forderungen der Entente geschlossen zusammenzustehen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten gaben Sondererklärungen ab.

Das Pariser Abkommen vor der französischen Kammer.

Paris, 8. Febr. In der gestrigen Kammersitzung sagte bei der Fortsetzung der Debatte über das Pariser Abkommen de Magellan, nach seiner Ansicht dürfe man sich keine Illusionen machen über das, was man von einem besiegten Feinde erhalten könne. England sei so klug gewesen, die deutsche Flotte sofort zu verlangen. Er bemerkte, daß die Deutschen bezahlen wollen. Abg. **Klotz** sagte, er glaube, daß das Abkommen von Paris vorteilhafter für Deutschland sei, als der Friedensvertrag. Nach seiner Ansicht handle es sich vielleicht nicht um eine Abänderung des Friedensvertrages, sondern vielmehr um ein Zusatz-Protokoll, das der Ratifizierung der Kammer unterliege. Ministerpräsident **Briand** führte aus, die Sanktionen seien eine Angelegenheit der Alliierten, nur die Beschlüsse dürften Deutschland mitgeteilt werden. Nach dem Friedensvertrag dürften die Deutschen hierüber Bemerkungen machen die die Alliierten annehmen oder zurückweisen könnten. Wenn wir, so sagte der Ministerpräsident, den Deutschen die Zwangsmaßnahmen mitgeteilt hätten, hätte es den Anschein erwecken können, daß es Deutschland gestattet werde, darüber Bemerkungen zu machen. Wir erlauben das aber nicht. **Klotz** erklärte, daß das Pariser Abkommen eine Pauschalsumme mit einem Diskont von 10 Prozent sei. Man könnte in der internationalen Finanzwelt Leute finden, die Frankreich daraufhin in Dollar-, Pfund- und Guldenwährung Anleihen bewilligten. Es sei unerläßlich, daß die Kammer darüber Auskunft erhalte, ob Frankreich 50 Milliarden Goldmark von Deutschland erhalte und wie hoch der Wert der französischen Schulden sei. Er sprach sodann von der Annullierung der interalliierten Kriegsschulden. **Briand** erklärte, man hätte bis zum Monat Mai den Gesamtbetrag der Reparationsschuld festzusetzen. Das habe gewisse Hindernisse gebracht, aber durch das Einverständnis der Alliierten sei man darüber hinweggekommen. Das sei das Verdienst der Konferenz von Paris.

Es entspann sich dann ein Zwiegespräch zwischen Klotz und Briand, in dem Klotz den Ministerpräsidenten heftig angriff. Klotz erklärte zum Schluß als Briand darauf hinwies, daß er das Vertrauen der Kammer nötig habe, um die Verhandlungen fortzusetzen, es handele sich jetzt um das Leben eines Volkes, nicht um eine Vertrauensfrage für die Regierung. Frankreich müsse den Zinsendienst der Anleihen zu seinen Lasten nehmen, um die Reparationen zu bezahlen, die das Deutschland schulde. Das sei nicht nur gegen den Waffenstillstandsvertrag, sondern entspreche auch nicht dem Friedensvertrag. Selbst Graf Brockdorff-Rantzau habe in seinen Vorschlägen die Reparationspflicht Deutschlands anerkannt. Er habe zugestanden, daß die deutschen Steuerzahler mindestens ebenso viel bezahlen sollen, als die alliierten. Es sei nicht möglich, daß die französische Kammer die neuen Vorschläge prüfe, bevor nicht das deutsche Budget umgestaltet wird. Der deutsche Steuerzahler soll nur 15 Prozent, der französische aber 30 Prozent zahlen.

Das Echo der deutschen Proteste in Frankreich.

Paris, 9. Febr. Die französische Presse will die Protestbewegung, die sich in Deutschland so elementar Bahn bricht, nicht für ernst nehmen. Der „Matin" spricht von einem bedauerlichen Geisteszustand in Deutschland. Die anderen Blätter begnügen sich alle damit, zu erklären, daß die deutsche Aufregung nicht so ernst gemeint sei, daß man derartigen Schauspielen bereits wiederholt beigewohnt habe und daß sich dasselbe wiederholen werde, wie man es bei der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages gesehen hätte. Man habe jetzt Bayern vorgeschoben, damit dieses die erste Violine in dem Protestkonzert spiele, weil man glaube, daß Bayern in Frankreich größere Sympathie besitze. Aber diese angeblich künstliche Aufregung verhehle ihre Wirkung auf die französische Oeffentlichkeit, die genau wisse was recht und was falsch sei und die vor allem die wunderbaren Heilmittel in der Hand habe, wenn die Deutschen sich nicht gefügig zeigten.

Dem „Petit Parisien" zufolge wird der deutsche Botschafter Dr. Mayer heute die Antwort der deutschen Regierung auf die Einladung zur Londoner Konferenz bekanntgeben. Die französische Presse erklärt, daß man in London über gewisse Abänderungen des Zahlungsmodus werde verhandeln können, keineswegs jedoch an den Grundsätzen der Pariser Abmachungen selbst rütteln dürfe. Die Strafmaßnahmen spielen bei all diesen Erörterungen natürlich die größte Rolle. Der „Petit Parisien" nimmt an, daß eine Weigerung Deutschlands, den Bestimmungen bezüglich der Auflösung der Einwohnerwehren Folge zu leisten, die sofortige Verwirklichung dieser Zwangsmaßnahmen zur Folge hätte. Bei der Entschädigungsfrage würden sie allerdings erst im Laufe dieses Jahres in Anwendung gebracht werden.

Indes rect sich auch nicht nur in der liberalen englischen Presse, sondern auch in einer Anzahl französischer Zeitungen zum ersten Male der Widerstand gegen die Abmachungen von Paris, und zwar beziehen sich diese auf die Ausfuhrtaxe. Der Abg. Dejour erklärt im „Journal", daß man in dieser Festsetzung der Ausfuhrtaxe verschiedene Unerträglichkeiten erblicken dürfe. Einerseits würde Deutschland betrügerische Erklärungen über die Höhe der Ausfuhr abgeben, andererseits setzen sich die französischen Sachverständigen über die Höhe der deutschen Ausfuhr durchaus nicht einig. Briand hat diese sie auf 30 Milliarden, Jardien auf 16 Milliarden, Auriol auf ungefähr 12 Milliarden. Wenn man diese Ausfuhrtaxe alljährlich festsetzen würde, so würde man jedes

Jahr über diese Frage eine Debatte eröffnen und es würde endlich dazu führen, daß der casus belli zwischen Frankreich und Deutschland ewig fortdauere. Der Abgeordnete schlägt deshalb vor, die militärische Höhe der Ausfuhr vor dem Kriege als Grundlage anzunehmen und danach für einen gewissen Zeitraum, etwa für zehn Jahre, die Ausfuhrtaxe ein für alle mal festzulegen. Wenn man behaupte, daß diese zehnjährige feste Bestimmung dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands nicht Rechnung trage so antworte er, daß Deutschland Elsaß Lothringen, das Saargebiet, Schlesw g Holstein und Oberschlesien verloren habe und somit auf die Ausfuhr aus diesen Provinzen verzichten müsse, so daß also die deutsche Ausfuhr keinswegs höher sein werde, als vor dem Kriege. Man müsse also für zehn dann für weitere zehn und noch einmal für zehn Jahre die deutsche Ausfuhr festlegen.

Aeußerungen Hindenburgs.

Bremen, 8. Febr. Generalfeldmarschall **von Hindenburg** ist heute vormittag in Bremen eingetroffen, wo er mit General **Ludendorff** zusammentraf. Der Feldmarschall, dem die Stadt Bremen als ihrem Ehrenbürger einen begeisterten Empfang bereitete, gewährte einem Mitarbeiter der „Weser-Zeitung" eine Unterredung, in der er einleitend betonte, daß wir heute alle **einig** sein müßten. **Unser Unglück sei unsere Eigenbrötelei.** Auf die außenpolitische Lage übergehend, erklärte Hindenburg, daß er den Eindruck habe, daß besonders die militärischen Führer **in Frankreich** die **Angst vor Deutschland** nicht los werden könnten. Das Verlangen der Franzosen nach dem Ruhrgebiet erscheint auch Hindenburg als eine durchaus ernst zu nehmende Gefahr, doch dürften wir uns dadurch nicht einschüchtern lassen, den maßlosen Forderungen der Entente nachzugeben. Hoffentlich bleibt unsere Regierung diesmal fest. Schon die Würde verlange das. Was Amerika anbelangt, so ist der Feldmarschall der Meinung, daß sich dort ein Stimmungsumschwung zu unseren Gunsten vollzogen habe. Eine Menge Spenden zur Verteilung an Notleidende kommen dauernd von Amerika der Hindenburg an. Auch der Abstimmung in Oberschlesien sieht Hindenburg mit Zuversicht entgegen. Ueberhaupt sieht der Feldmarschall die Lage im Osten für etwas günstiger an wie vor wenigen Monaten. Der Bolschewismus flaue dort ab, wie ihm erst vor wenigen Tagen von Herrn von Batocki mitgeteilt worden sei.

Gegen 3 Uhr nachmittags begab sich Hindenburg mit Ludendorff im Automobil nach Vegesack, um dem Stapellauf des auf der Vulkanwerft für Hugo Stinnes erbauten 19 000 Tonnen Frachtdampfers „Hindenburg" beizuwohnen und die Taufe zu vollziehen. In seiner Taufrede erklärte Hindenburg, **daß er als alter Soldat dem deutschen Volke nur Frieden und eine friedliche Entwicklung wünsche.** Nach dem glatt vollzogenen Stapellauf begab sich der Feldmarschall im Automobil nach Bremen zurück.

Die Polen auf der Lauer.

Berlin, 8. Febr. Die gestrige Zusammenkunft der deutschen Ministerpräsidenten mit den Mitgliedern des Reichskabinetts dauerte bis nachmittags 5 Uhr. Der bayerische Ministerpräsident von Kahr trat für die vorbehaltlose Ablehnung der letzten Noten ein. **Bayern würde sich weder im Süden noch im Osten entwaffnen lassen.** In bezug auf die **Entwaffnung im Osten** hielt Generalleutnant **v. Seeckt** einen längeren Vortrag. Er wies darauf hin, daß die Polen unter dem Vorwande, zu demobilisieren, größere Truppenmassen in den früheren deutschen Provinzen untergebracht haben. Die Soldaten seien mit allen Waffen nach Hause geschickt worden; für sie wurden neue Mannschaften eingestellt. Die Mobilisierung sei soweit gediehen, daß die Polen in der Lage seien, in einem Tagesmarsch so weit vorzurücken, daß sie **Berlin beschießen** könnten. Polen sei entschlossen Oberschlesien friedlich oder mit Gewalt in die Hände zu bekommen. Aus diesem Grunde sei es für Deutschland eine Lebensfrage, ob der Osten entwaffnet würde oder nicht.

•

Weshalb Pilsudski nach Paris fuhr.

Ueber die Reise Pilsudskis wird aus Paris unterm 8. Februar gemeldet:

Der Hauptzweck der Reise Pilsudskis sei gewesen, die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens zu beeinflussen, und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Außenminister wußte darzulegen, daß deutsche Agenten in Oberschlesien erzählen, wenn Polen allein stünde, so werde es unter seinen finanziellen und militärischen Lasten zusammenbrechen. Aus diesem Grunde müsse noch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich bekannt gegeben werden, daß Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Frankreich wünsche jedoch erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens kennen zu lernen, bevor es sich zum Abschluß einer Militärallianz bereitfinde. Im Falle eines ungarisch-polnischen oder tschech-polnischen Krieges würde Frankreich sich aber jeder Unterstützung enthalten. Sollte Deutschland einen Angriff auf Polen unternehmen, oder einen russischen Angriff auf Polen unterstützen, so werde Frankreich militärische Hilfe leisten. Werde Polen von den Bolschewisten allein angegriffen, dann werde Frankreich keinen Soldaten ins Feld schicken, sondern nur Offiziere und Kriegsmaterial. Die französische Flotte hätte dann die Aufgabe, die Verbindung über Danzig freizuhalten. Eine der Bedingungen für die Zusage Frankreichs wäre das erste Versprechen Polens, Wilna zu räumen.

Preisermäßigung für Bergarbeiter.

Dortmund, 8. Febr. Reichskommissar Wehlich teilt mit, daß in den Preisen der Lebensmittelzulagen für die Bergarbeiter folgende Aenderungen eingetreten sind: Der Preis für Speck ermäßigt von Montag, den 7. Februar, ab um 3 Mark. Die bereits gemeldete Ermäßigung des Schmalzpreises auf 10 Mark tritt ab Donnerstag, den 10. Januar, in Kraft. Die Wurstpreise bleiben dieselben.

Die Eisenbahnverkehrskonferenz in Bamberg.

Bamberg, 9. Febr. Gestern fand hier die zweite verkehrstechnische Tagung der Reichseisenbahnverwaltung unter Leitung des Reichsverkehrsministers Groener statt. In eingehenden Erörterungen wurden nicht nur die Maßnahmen zur Milderung der gegenwärtig gespannten Betriebslage festgestellt, sondern auch allgemeine Richtlinien zur Steigerung der Betriebsleistungen gegeben, wobei die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung in den Vordergrund gerückt wurde. Als besonderer Richtpunkt in dieser Beziehung galt die beschleunigte Einführung der durchgehenden Güterzugsstrecken, ferner wurde die Notwendigkeit der planmäßigen Personalverringerung, die bessere Verwendung des Zugbetriebspersonals, die Beseitigung unnötigen Personals und Lokomotivwechsels, sowie die Einschränkung der Rangierleistungen hervorgehoben, um eine wesentliche Betriebssteigerung zu erreichen. Die Trennung des Personen-, Fern- und Nahverkehrs wurde von mehreren Seiten gefordert, ebenso eine bessere Anpassung der Dienstteilung des Personals an die Fahrplanzeiten, ferner eine Verschärfung der Pünktlichkeitskontrolle im Personenbetrieb.

Die bayerische Ministersitzung.

Aus München wird gestern abend gedrahtet: Dr. v. Kahr fand in der heutigen Sitzung des bayerischen Ministerrates für die Durchführung des bayerischen Standpunktes in der Entwaffnungsfrage die Zustimmung aller Kabinettsmitglieder, die die Notwendigkeit einer einheitlichen Phalanx gegenüber den Pariser Beschlüssen betonten.

Graf Brockdorff-Rantzaus Meinung.

Kopenhagen, 8. Febr. Die Zeitung „Politiken" veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Vertreters mit dem Grafen **Brockdorff Rantzau**, der u. a. erklärte: Als ich den Versailler Gewaltfrieden von der Hand wies, sah ich den heutigen Stand voraus. Bei meinem Rücktritt erklärte ich, daß wir den Siegern gegenüber einen festen Willen bekunden müßten. Dieser feste Wille bricht sich jetzt Bahn. Auch die deutsche Arbeiterschaft hat endlich begriffen, daß die von den Alliierten Deutschland auferlegten Bedingungen sie der Verelendung überliefern würden. Minister Dr. Simons wies darauf hin, daß das deutsche Volk hinter ihm stehe, und daß die Unterzeichnung der Pariser Bedingungen gleichbedeutend mit der Unterzeichnung des Todesurteils sei.

Bedingungsweise Annahme der Londoner Einladung.

WTB. meldet aus Berlin, daß das Auswärtige Amt gestern dem hiesigen französischen Gesandten mitgeteilt hat, daß die deutsche Regierung die Einladung zur Londoner Konferenz annehme unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß auch die deutschen Gegenvorschläge auf der Londoner Konferenz zur Beratung stehen werden.

•

Bekanntlich beginnen in Berlin, wie das Berliner Tageblatt erfährt, die grundlegenden Beratungen der Sachverständigen zur **definitiven Formulierung** der deutschen Gegenvorschläge. Es werden an ihnen dieselben Fachleute teilnehmen, die auch an den Besprechungen in Spaa und Brüssel teilnahmen (v. Stauß, Prof. Bonn usw.)

London oder nicht?

TU. Berlin, 8. Febr. Gestern vormittag hat eine Sitzung des Reichstages stattgefunden, die nachmittags fortgesetzt wurde. Gegenstand der Beratung war die Ententeeinladung zur Londoner Konferenz.

Belgien verzichtet auf Beschlagnahme deutschen Privateigentums.

Berlin, 8. Febr. Der hiesige **belgische** Gesandte hat dem Reichsminister des Aeußern folgende Note am 5. Februar überreicht:

Die belgische Regierung beabsichtigt nicht, von dem nach § 18, Abs. 2, zum Teil 3 des Friedensvertrages von Versailles bestehenden Recht, das Eigentum deutscher Staatsangehöriger zu beschlagnahmen, Gebrauch zu machen für den Fall, daß Deutschland nicht gegen seine Verpflichtungen absichtlich verstoßen würde. Dieser Verzicht bezieht sich auf das deutsche Eigentum in Belgien seinen Kolonien oder in den von Belgien verwalteten Gebieten, einschließlich der Bau'gutha'ben ebenso auf Schiffe und Fahrzeuge in belgischen Gewässern. Dies gilt auch von Waren an Bord belgischer Schiffe oder Fahrzeuge und von denen nach Belgien zum Verkauf gesandten Waren. Die zuständigen Stellen weisen besonders darauf hin, daß der von Belgien ausgesprochene Verzicht in verschiedener Hinsicht weitergehe, als der von der britischen Regierung ausgesprochene. Es wäre wünschenswert, wenn der belgische Schritt dazu beitragen würde, den vor dem Kriege selbstverständlichen Grundsatz der Unverletzlichkeit des privaten Eigentums wieder zur Geltung zu bringen. (Für diesen belgischen Entschluß sind die Interessen Antwerpens maßgebend gewesen. Ohne die deutsche Ein- und Ausfuhr ist der Antwerpener Hafen nicht lebensfähig, während Deutschland ebenso gut über den holländischen Hafen Rotterdam seinen überseeischen Verkehr leiten könnte.)

Englands Ueberfluß an Schiffen.

London, 8. Febr. Das englische Schiffahrtsamt ist nicht in der Lage, Käufer für 750 deutsche Schiffe zu finden, obgleich man den Preis auf 12 Pfund die Tonne herabsetzte gegen 20 Pfund, die sie auf englischen Schiffswerften gekostet haben würde. Wie verlautet, zieht das englische Schiffahrtsamt jetzt eine Rückgabe der Schiffe an Deutschland in Betracht. Sir Edward Mackay Edgar, ein britischer Werftbesitzer, erklärte, daß die großen englischen Schiffswerften schon jetzt ihren Betrieb fast ganz eingestellt hätten.

Die Schweiz läßt keine Völkerbundtruppen durch.

Bern, 8. Febr. Der Bundesrat hat heute zur Frage des Durchtransportes der für das Abstimmungsgebiet in Wilna bestimmten Völkerbundstruppen Stellung genommen und ist zu dem Schluß gekommen, daß die **Schweiz nicht verpflichtet** sei, den Transport **durchzulassen.** Ebensowenig kann von der Schweiz verlangt werden, daß sie die Völkerbundstruppen **unter allen Umständen** durchläßt. Die Schweiz geht bei der Entscheidung darüber, ob die Völkerbundstruppen durchzulassen sind, von einem **rein internen Gesichtspunkt** aus. In der vorliegenden Frage kam der Bundesrat zu dem **Entschluß,** dem Gesuch, die zur Durchführung der Abstimmung in Wilna zu entsendenden Völkerbundstruppen durch die Schweiz durchzulassen, **nicht stattzugeben.**

„Times" nennt Lloyd George „Kulissenschieber".

London, 9. Febr. Zur Rede Lloyd Georges in Birmingham schreibt die „Times": Lloyd Georges Politik in der Entschädigungsfrage ist das durch **Pappe und Leinen zusammengehaltene Schloß eines Kulissenschiebers,** das die Unwahrheiten und Verwirrheit verstecken sollen. Deutschland, darüber seien sich alle einig, müsse für die Ruinen und Verheerungen, die es angerichtet habe, eine Entschädigung bezahlen. Man habe aber bereits seine **Kolonien genommen,** Teile seines europäischen

---

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

12) (Nachdruck verboten.)

„Sie halten den Mann, von dem wir reden, also in der Tat eines gemeinen Verbrechens fähig?"

„Meine Worte waren nicht lediglich auf Herrn Hollfelden gemünzt, sondern ich sprach ganz allgemein. Täuschen wir uns doch nicht über uns selbst, verehrter Herr Oberstleutnant! Gewiß sind wir alle durchaus berechtigt, uns für ehrenwerte Männer und Gentlemen zu halten. Und doch, ist auch nur einer von uns ganz sicher, daß er nicht unter dem Zwang irgendwelcher Umstände etwas tun könnte, was die öffentliche Meinung oder der Buchstabe des Gesetzes als ein Verbrechen bezeichnen würden? Nur ein Pharisäer könnte diese Frage verneinen. Und wenn wir sogar unserer selbst so wenig sicher sind, wie könnten wir da irgendwelche Bürgschaft für einen anderen übernehmen, von dessen Innerleben wir nichts oder so gut wie nichts wissen?"

„Doktor Dombrowski ist eben ein unverbesserlicher Skeptiker," warf Hainau ein, dem die Wendung des Gesprächs ein wenig peinlich zu sein schien.

Der Pole aber schüttelte den Kopf.

„Nennen Sie mich lieber einen Freund der Wahrheit. Ich hasse nun einmal alle die bequemen Lügen, durch die wir geistigerweise allen unangenehmen Erkenntnissen aus dem Wege zu gehen suchen. Im großen und ganzen leisten wir unseren Nebenmenschen ja nicht einmal einen Dienst damit, daß wir sie zu schonen versuchen, indem wir unsere Augen vor ihren Fehlern und Schwächen verschließen. Wir sollten uns vielmehr bemühen, ihre Fehler und Schwächen zu verstehen, indem wir sie bis auf ihren Ursprung verfolgen. Nicht der ist der wahre Menschenfreund, der alles vertuscht und beschönigt, sondern der sich rechtschaffen bemüht, alles zu begreifen. Nie ist ein schöneres und wahreres Wort geprägt worden als das bekannte: Tout comprendre, c'est tout pardonner!"

Der Kluddtener näherte sich den Herren, um zu melden, daß der Herr Oberstleutnant am Fernsprecher gewünscht werde, und Arnstorf stand sofort auf, um dem Rufe Folge zu leisten. Als er außer Hörweite war, rückte der Bildhauer näher zu Dombrowski heran und sagte, indem er seine Stimme bis zu leisem Flüstern dämpfte:

„Im Vertrauen, lieber Doktor, Sie haben etwas ganz Bestimmtes gegen Hollfelden? Ich meine, etwas Bestimmtes in bezug auf diesen geheimnisvollen Mord?"

Der Pole, der sich eben eine Zigarette angezündet hatte, blickte eine kleine Weile, wie in Gedanken verloren, ihrem Rauche nach, bevor er in seiner ruhigen matten Weise erwiderte:

„Welchen Wert könnte es für Sie haben, das zu erfahren? Seien Sie versichert, daß ich von Herrn Hollfelden nicht schlechter denke, als Sie oder irgendeiner seiner Freunde."

Aber der ausgesprochen junge Künstler, der unter Umständen von großer Beharrlichkeit sein konnte, war durch diese Antwort nicht befriedigt.

„Warum wollen Sie mir ausweichen, Doktor? Was Sie mir sagen, bleibt doch selbstverständlich ganz unter uns. Obwohl ich nicht die Ehre habe, mich seinen Freund im eigentlichen Sinne nennen zu dürfen, hege ich doch die herzlichste Zuneigung für Hollfelden, und Sie würden mir darum einen wirklichen Dienst erweisen, wenn Sie diese Unruhe von mir nehmen könnten."

„Aber Sie beunruhigen sich in der Tat ohne jeden Grund. Meine private Meinung ist für den genannten Herrn und für seine weiteren Schicksale doch ohne Belang."

„Um so weniger sollten Sie mit dieser Ihrer privaten Meinung hinter dem Berge halten, nachdem ich Sie meiner unbedingten Verschwiegenheit versichert habe."

Dombrowski runzelte leicht die Stirn. Und da er wohl einsehen mochte, daß es unmöglich sein würde, den hartnäckigen Fragen los zu werden, sagte er:

„Nun denn, da Sie es durchaus wissen wollen, ich vermute, daß Herr Hollfelden weder uns noch den Behörden alles mitgeteilt hat, was er über jene nächtlichen Vorgänge in seinem Hause weiß."

Der Bildhauer, der vor dem Scharfsinn des Doktors offenbar einen gewaltigen Respekt hatte, machte ein höchst verdutztes Gesicht.

„Sie glauben, er hätte etwas verschwiegen, etwas, das geeignet wäre, zur Entdeckung des Mörders zu führen? Aber warum in aller Welt, hätte er das tun sollen? Es gäbe dafür doch keine andere Erklärung als die, daß er — daß er selbst in irgend einer Weise an diesem abscheulichen Verbrechen beteiligt wäre."

„Am Ende ließe sich doch auch noch eine andere Erklärung dafür finden."

„Eine andere?" fragte der Bildhauer verständnislos. „Und welche?"

„Die zum Beispiel, daß er den Wunsch hätte, jemanden zu schonen."

„Ah! Daran hatte ich freilich nicht gedacht! Aber die Verantwortung, die er damit auf sich genommen hätte, bliebe für ihn doch immer eine verwünscht ernsthafte Sache."

„Eine verwünscht ernsthafte Sache, das ist allerdings auch meine Meinung, Herr Hainau!"

Ihr Gespräch wurde durch die Rückkehr des Oberstleutnants unterbrochen, der all seine gewöhnliche Heiterkeit eingebüßt zu haben schien und sehr ernst, ja bekümmert aussah.

„Sie müssen mich für die verabredete Karambole-Partie entschuldigen, lieber Hainau," sagte er hastig. „Ich werde soeben abgerufen. Der mich da am Telephon zu sprechen wünschte, war kein anderer als unser Freund Hollfelden. Er hat mich gebeten, ihn sogleich zu besuchen. Und ich konnte es ihm um so weniger abschlagen, als ich fürchte, daß es mit seiner Gesundheit in der Tat nicht zum Besten bestellt ist. Vielleicht habe ich das Vergnügen, die Herren am Abend hier wiederzusehen."

Er verabschiedete sich eilig und verließ das Rauchzimmer. Gleichzeitig trat eines der anderen Klubmitglieder zu Hainau, um ihn zur Teilnahme an einer Billardpartie einzuladen. Doktor Dombrowski blieb allein zurück, und indem er wieder seine mageren, nervösen Hände um das Knie faltete, blickte er, wie in tiefen Gedanken, unverwandt auf den leeren Platz des menschenfreundlichen Oberstleutnants.

(Fortsetzung folgt.)

Kohlenbergwerke, seine Schiffe, seine Hauptkohlengebiete und eine beträchtliche Summe in Gold. Deutschland müsse den übrigen Teil der Wiederherstellung in Waren zahlen. Sofort aber erhebe sich in allen Ländern ein Widerstand dagegen.

Die Lage in Irland.

London, 9. Febr. Als Vergeltung für einen Angriff, wobei 11 Polizisten getötet wurden, wurden in der Gegend von Draukeen mehrere Häuser eingeäschert. (Das nennt man englische Kulturpolitik. D. Schriftl.)

Kein Frieden mit Amerika.

Berlin, 9. Febr. Die Behauptungen einer Nachrichtenstelle, daß Verhandlungen mit dem hiesigen Vertreter der amerikanischen Regierung, Dresel, über die Herbeiführung des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland stattfanden, entsprechen, wie wir hören, nicht den Tatsachen. Derartige Verhandlungen wären auch unmöglich, da Präsident Wilson es abgelehnt hat, über diese Frage zu sprechen und der neue Präsident Harding sein Amt noch nicht übernommen hat.

Harding für internationale Entwaffnung.

Paris, 9. Febr. Nach einer Meldung des „Echo de Paris" kündigt der Präsident der Senatskommission für die Marine, Butler, an, er könne nach einer Unterredung mit dem Präsidenten Harding erklären, daß eine internationale Entwaffnungskommission von den Vereinigten Staaten einberufen werde. (Ob's helfen wird?)

Ein Amerikaner für deutsche Kolonial-Betätigung.

Philadelphia, 9. Febr. Im Rahmen der von Oberst House und der führenden Zeitung von Philadelphia „Public Ledger" veranstalteten Reihe von Vorträgen ehemaliger amerikanischer Mitglieder der Pariser Friedenskonferenz über die Versailler Verhandlungen und den Friedensvertrag sprach Völkerrechtssachverständiger M. O. Hudson über das Mandatssystem. Er wies darauf hin, daß die internationale Lage während der nächsten 50 Jahre entschieden stabiler sein würde, wenn der Versailler Vertrag einige der afrikanischen Kolonien Deutschland gelassen hätte. Seiner Ansicht nach würde die Mandatsidee weit größere Geltung und Bedeutung haben, wenn man auch Deutschland ein Mandat übertragen hätte.

Die Schulden der Verbündeten bei Amerika

London, 9. Febr. Die von dem englischen Schatzkanzler Chamberlain in Birmingham gehaltene Rede über Englands Vorschlag bezüglich der Annullierung der Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten hat in Washington großes Aufsehen erregt. Es wird scharfe Kritik an der Regierung geübt, daß sie dem Senat keine Mitteilung über diese Angelegenheit gemacht habe. Wie verlautet, ist man in Regierungskreisen der Auffassung, daß es keine Veranlassung gebe, diese Schuld zu annullieren. Die amerikanische Regierung beabsichtige aber nicht, von den Verbündeten mehr zu fordern, als ihr wirtschaftliches Vermögen zulasse. Dies gelte sowohl für die Zahlungen der Hauptsumme als auch für die Zinsenzahlungen.

Der Anschluß an Moskau abgelehnt.

Paris, 9. Febr. Wie „Havas" aus Albi meldet, lehnte der sozialistische Kongreß des Departements Tarn, wo Albert Thomas gewählt wurde, den Anschluß an die dritte Internationale mit 35 gegen 26 Stimmen ab.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 9. Februar.

Wahrt Euer Recht!!

Es war vorauszusehen, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln und die ihnen unterstellten Abstimmungsbehörden alles tun würden, um möglichst vielen im Reiche wohnenden Oberschlesiern ihr Abstimmungsrecht zu rauben. Es konnte aber nicht angenommen werden, daß diese Begünstigung der Polen so weit gehen würde, daß diese Begünstigung der Polen so weit gehen würde, wie das [illegible] geschieht. Schon jetzt sind zahlreicher Angehörigen der Bezirksgruppe Hagen und Ortsgruppe Gevelsberg der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier auf ihre Abstimmungsanträge ablehnende Bescheide zugegangen, meistens mit so ungenügender Begründung der Ablehnung, daß klar zu erkennen ist, daß es sich dabei um reine Willkürmaßnahmen zur Sabotage der Abstimmung zugunsten Polens handelt.

Oberschlesier!

Diese Absicht des Verbandes muß durchkreuzt werden. Bis zum 12 Februar läuft noch die Einspruchsfrist gegen die Verweigerung des Abstimmungsausweises. Um gegen jede Verweigerung einschreiten zu können, ist es nötig, daß die Bezirksgruppe Hagen genau unterrichtet ist, wer zur Abstimmung zugelassen ist und wer nicht. Auch für die Ausstellung der Fahrscheine ist es unbedingt erforderlich, daß jeder einzelne, der zur Abstimmung reisen soll, der hiesigen Ortsgrupe bekannt ist. Wer daher von Oberschlesien Nachricht erhält, daß er zur Abstimmung zugelassen oder nicht zugelassen ist, muß sich mit dieser Nachricht sofort mit dem Schriftführer R. Drescher, Prüggefelderstraße 2 (Fernruf Nr. 620 oder 52) in Verbindung setzen. Ebenso muß jeder, der bis 9. Februar eine Benachrichtigung nicht erhalten hat, unter allen Umständen an der am Mittwoch, den 9. Februar, abends 7 Uhr, bei Fr. Hohoff stattfindenden Versammlung teilnehmen. Jeder Brief, der von Oberschlesien kommt, ist anzunehmen, auch wenn er unfrankiert ist. Etwaiges Strafporto wird ersetzt.

Es gilt, zum letzten Mal das Recht zu wahren, für die die heimattreuen Oberschlesier jetzt seit anderthalb Jahren arbeiten. Die Arbeit darf nicht scheitern an der Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit einzelner. Jeder tue seine Pflicht.

*

— **Uebungsstunde des Kurzschrift-Vereins „Geflügelte Feder"** heute abend im Schulsaal Mittelstraße von ½8—9 Uhr. Stenographiekundige Mitglieder willkommen.

— **Bürgerverein.** Wie wir schon in unserer gestrigen kurzen Notiz mitteilten, fanden sich die Mitglieder des Bürgervereins am Montagabend zu der diesjährigen, von dem Vorsitzenden, Uhrmacher Boeck, geleiteten Jahresversammlung außerordentlich zahlreich ein, da die Beratungsgegenstände, namentlich die Besprechung der getätigten Bürgermeisterwahl, von weitgehender Bedeutung waren. Der Vorsitzende gab zunächst einen an sich kurz gehaltenen, aber von reger Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit zeugenden Jahresbericht, aus dem wir unter anderem das Bestreben des Vereins, bezüglich der Sicherstellung geordneten polizeilichen Schutzes, aus Anlaß der Märzunruhen im Vorjahr, erwähnen möchten. Der vom Kassenführer Jugmann erstattete Kassenbericht wurde ohne Aussprache, dem Bericht der Rechnungsprüfer entsprechend, angenommen. In der dann folgenden Vorstandswahl, die für alle bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmige Wiederwahl ergab, kam das ganze Vertrauen der Mitglieder zu allen Mitgliedern des Vorstandes, namentlich zu der Person des ersten Vorsitzenden zum Ausdruck. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß es dank der geschickten, unerschrockenen und freimütigen Art des Vorsitzenden möglich gewesen sei, manche gefährliche Klippe zu vermeiden. Im Anschluß an die Vorstandswahl kam es zu einer ausgedehnten Aussprache bezüglich des Bezuges des „Bürger-Vorwärts". Der Antrag eines Mitgliedes, den „Bürger-Vorwärts" als Vereinsorgan allen Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, soll dem Vorstand zur Prüfung überlassen bleiben. Von den verschiedensten Seiten wurde immer wieder betont, daß sich das Bürgertum seine Daseinsberechtigung erkämpfen müsse. Vor allem gelte es, mehr Opferfreudigkeit und Rückgratfestigkeit zu zeigen. Es komme darauf an, den Mut zu tatkräftigem Handeln zu finden. Die bürgerliche Heimatspresse müsse in ihrem Bestreben, der Vermittler von Gemeinsamkeitssinn zu sein, nach Kräften unterstützt werden. Den Hauptberatungsgegenstand der langen, mehrstündigen Aussprache bildete die Besprechung der getätigten Bürgermeisterwahl. Im Namen aller Vereinsmitglieder dankte der Vorsitzende, dasselbe geschah wiederholt auch von anderer Seite, den bürgerlichen Stadtverordneten für ihr einmütiges Verhalten in der Frage der Bürgermeisterwahl. Er betonte, daß die bürgerlichen Stadtverordneten nicht anders handeln konnten und durften. Von den verschiedenen Rednern, und derer kamen im Verlauf der Aussprache eine stattliche Reihe in Frage, wurde wiederholt betont, daß der neugewählte Bürgermeister zwar ein guter Beigeordneter sei, daß er aber als Bürgermeister, der die Interessen der Gesamtbürgerschaft zu wahren habe, nicht das Vertrauen der bürgerlich denkenden Einwohnerschaft, die trotz der Minderheit im Stadtverordnetenkollegium immer noch als Bevölkerungszahl in der Mehrheit sei, besitze. Vor allem wurde die eigenartige Art der Stellenausschreibung für den Bürgermeisterposten, der nach den Worten des Stadtv. Heukeroth mit einem Sozialdemokraten von reinstem Wasser besetzt werden sollte, bemängelt. Im Verlauf der Aussprache wurde darauf u. a. hingewiesen, daß die Besetzung städtischer Beamtenstellen [illegible] geschieht nach einseitig parteipolitischen Gesichtspunkten erfolge. Damit handele die Stadtverwaltung freilich dem Zuge der Zeit entsprechend. Bezüglich der Berücksichtigung hiesiger Geschäftsleute als Steuerzahler, habe die städtische Verwaltung bei Gelegenheit der Einführung der Quäkerspeisung versagt. Von dem Stadtv. Schlieper wurde dazu bemerkt, daß die Bäckerinnung zu Lieferungen für die Quäkerspeisung nicht herangezogen worden sei, trotzdem das Angebot der Innung billiger gewesen sei, als wie dasjenige der Konsumgenossenschaft „Vorwärts" in Barmen, die von dem Beig. Müller den fraglichen Auftrag erhalten habe. Immer wieder kam zum Ausdruck, daß sich die andersdenkende Bürgerschaft, dank der bei den letzten Stadtverordnetenwahlen gezeigten Gleichgültigkeit die heutigen Verhältnisse im vaterstädtischen Leben selbst geschaffen habe und daß nur einmütiges Zusammenhalten eine bessere Zukunft schaffen könne. Der Vorstand wurde beauftragt, bei dem Minister des Innern aufgrund der besonderen Ausschreibungsverhältnisse gegen die Wahl des Beig. Müller zum Bürgermeister Einspruch zu erheben. Diesem Beschluß ist der Vorstand inzwischen in zweifacher Form nachgekommen. Auf Antrag eines Mitgliedes soll die Stadtverwaltung gebeten werden, das Bekleben der Häuser mit Plakaten aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen zu unterbinden. Zum Schluß der Sitzung trat Dr. Weiß mit herzlichen und eindringlichen Worten für eine rege geldliche Unterstützung der oberschlesischen Abstimmungssache ein. Einige sofortige freiwillige Spenden hatten das erfreuliche Ergebnis, daß für diesen wertvollen Zweck 370 ℳ zur Verfügung gestellt werden konnten. Erst gegen 12 Uhr endeten die anregenden Verhandlungen.

— **Erwerbslosenunterstützung und Nebenverdienst.** In einem Erlaß des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt wird mitgeteilt, daß die einheitliche Regelung der Frage über die Berücksichtigung des Nebenverdienstes bei teilweise Erwerbslosen mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Landesteilen einheitlich nicht möglich sei. Für die Berücksichtigung eines Verdienstes aus Gelegenheitsarbeit ist ein Spielraum gegeben, inwieweit Unterstützungen und Rentenbezüge in Betracht zu ziehen sind, ist gesetzlich geregelt. Als Richtlinie müsse gelten, daß zu einem gewissen Teil der Verdienst aus Gelegenheitsarbeit des Erwerbslosen und ebenso der Arbeitsverdienst der Familienangehörigen dem Erwerbslosen und seiner Familie zugute kommt. Dies sei notwendig zur Schaffung eines Arbeitszweiges sowohl, wie zur Deckung des durch die Arbeitsverrichtung entstehenden Mehraufwandes für die allgemeine Lebensführung. Einkommen aus Kapitalvermögen sei in ganzer Höhe in Ansatz zu bringen.

Westfalen und Rheinland.

hn. **Hagen**, 9. Febr. Für die Provinziallandtagswahl sind 7 Wahlvorschläge eingereicht worden und zwar je einer seitens der Kommunisten, Demokraten, Sozialdemokraten, Deutschnationalen Volkspartei, Deutschen Volkspartei, Unabhängigen und des Zentrums.

hn. **Hagen**, 9. Febr. Die evangel. Kirchenwahlen endeten hier mit einem vollen Siege der positiven Richtung. Die Liberalen (Richtung Traub) eroberten in der kleineren Gemeinde 5 von 40 und in der größeren Gemeinde 12 von 60 Sitzen. Von 40 000 Wählern hatten sich nur 10 000 in die Wahlliste eintragen lassen.

Gerichtssaal.

Unheilvoller Steinwurf.

hn. **Gevelsberg**, 9. Febr. Am 7. Aug. v. J. gerieten der 12jähr. Schüler Kurt Schl. u. der 14jähr. B. in Streit. Sch. schleuderte gegen B. einen Stein, durch den B. das rechte Auge verlor. Der jugendliche Uebeltäter wurde von der Hagener Strafkammer zu 6 Wochen Gefängnis (mit Bewährungsfrist) verurteilt.

Theater und Musik.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

Für die am Sonntag den 13. Februar stattfindende Gedächtnisfeier zum Todestage des Meisters Richard Wagner, bei welcher „Die Meistersinger von Nürnberg" zur Aufführung gelangt, beginnt der Vorverkauf heute. Heute nachmittag 3 Uhr sowie abends 7½ Uhr Sondervorstellung der Calderongesellschaft „Die Geheimnisse der heiligen Messe". Festspiel von Calderon.

Kohlenbericht

des Kreiselektrizitätswerks Schwelm.

Kraftstation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Bestand t
8. 2.	48	114	583

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtliche Auszahlungen	7. Februar Geld	7. Februar Brief	8. Februar Geld	8. Februar Brief
Holland 100 Gulden	2132.85	2137.15	2116.85	2121.15
Belgien 100 Frk.	462.00	463.00	456.00	462.00
Norwegen 100 Kr.	1143.85	1146.15	1111.35	1113.65
Dänemark 100 Kr.	1191.30	1193.70	1158.30	1158.70
Schweden 100 Kr.	1378.60	1381.40	1363.60	1366.40
Finnland 100 fin. M.	213.75	214.25	217.5	218.25
Italien 100 Lire	241.25	226.00	222.25	222.75
England 1 Pfd. St.	263.45	241.75	238.75	239.25
Amerika 1 Dollar	62.80	62.95	61.80	61.94
Frankreich 100 Frk.	441.05	441.95	435.55	436.45
Schweiz 100 Frk.	1011.45	1013.15	999.00	1001.00
Spanien 100 Pes.	874.10	875.90	859.10	860.90
Oesterreich 100 Kr.	00.00	00.00	00.00	00.00

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Bosswinckel für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather beide in Gevelsberg.

„Jedem ein Ei . . ." Lacto-Rührei-Pulver!
Ergibt, mit Wasser angerührt, wie Ei gebacken, ein Rührei von natürlichem Wohlgeschmack und Gehalt. Frisch in einschlägigen Geschäften.
Alleinhersteller: LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM.

Persil
Persil bleicht
wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche, spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket.
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Orient. Zigaretten
erster deutscher Fabriken von 20 Pfg. das Stück an bei
Gondrom & Co. - Gevelsberg.
Hagener Str. 90.

Junger Mann, welcher seine drei. Lehrzeit 1. April beendet, sucht Stellung auf kaufm. Büro zwecks weiterer Ausbildung. Angebote unter A. G. 133 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Suche für meinen Sohn, welcher am 1. April die Handelsschule verläßt, Stelle auf einem kaufmännischen Büro. Kug-bole erb. unter T. S. 734 an die Geschäft. d. Ztg. erbeten.

Forderungen aller Art werden von erfahrenem Kaufmann energisch und kostenfrei beigetrieben, evtl. gegen sofortige Kasse käuflich übernommen. Prima Referenzen. Gefl. Angebote an Schließfach Nr. 175 in Hagen erbeten.

Zuverlässiger Fuhrknecht sofort gesucht. Fritz Bröling, Wittener Straße 23.

Für meinen Haushalt (3 Personen) ein in allen Hausarbeiten erfahrenes besseres Mädchen bei gutem Lohn und guter Verpflegung für sofort oder bald gesucht. Frau Fabrikant Rob. Spies Neuiges bei Elberfeld.

Ordentliches Halbtagsmädchen gesucht. Mittelstraße 30, I. links.

Wohnungstausch! 2-Zimmer-Wohnung in Vogelsang gegen eine gleich in Gevelsberg, möglichst Mittelstraße zu tauschen gesucht. Näh. in der Geschäftsst.

Wohnungstausch. Wer tauscht eine schöne 3 Zimmer-Wohnung in Vogelsang gegen eine gleiche in Gevelsberg, eventl. auch 2-Zimmer-Wohnung. Wenn eben möglich, sofort. Angebote unter D. 80 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Jauche zur Wiesen-Düngung kann angefahren werden. Zahle pro Faß 3—4 Mk. Bequeme Anfuhr. Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Junge Leute die zur See fahren wollen, erhalten vorh. Auskl. u. Rat. Auskunftei Hamburg 36 Schließfach 112 Z 8

Kaufe getragene Garderoben, Möbel und Bettfedern. Drucker, Haspe, Heubingstraße 11 (Postkarte genügt)

Metallbetten, Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Sofort ordentliches Mädchen gesucht. Italiener Kaufm.

Kindermädchen die etwas Hausarbeit mit verrichtet, sofort gesucht. Bodelschw. 14, (Milchgeschäft.)

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Heimgange unserer lieben Mutter zuteil geworden sind, sagen wir allen unsern aufrichtigen Dank.

Geschwister Feldhaus.

Steuerzahlung.

An die Zahlung der rückständigen Beträge von ¾ der Grund-, Gebäude und Gewerbesteuer, der vorläufig festgesetzten Reichseinkommensteuer, der ganzen Hundesteuer, des Real- und Mädchenschulgeldes, der Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, der Feuersozietätsbeiträge, Pächte, Mieten, Erinnerungsgebühren usw. wird mit dem Bemerken erinnert, daß Zahlungen ohne Kostenberechnungen nur noch bis zum 14. Februar erfolgen können. Besondere Mahnungen durch Zustellung von Erinnerungszetteln erfolgen nicht mehr. Zahlungen durch Ueberweisungen müssen so zeitig erfolgen, daß sie bis zu diesem Termine der Kasse bekannt sind.

Gevelsberg, den 2. Februar 1921.

Die Vollstreckungsbehörde:
Bußmann, Stadtrentmeister.

Oeffentliche Wähler-Versammlung

der deutschnationalen Volkspartei.

Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr,

im Saale des Herrn Rich. Hackenberg.

Redner:

Herr Reichstagsabgeordneter O. Mumm.

Thema:

„Die Bedeutung des preußischen Wahlkampfes für Preußen und das deutsche Volk".

Freie Aussprache.

Alle Wählerinnen und Wähler Gevelsbergs sind herzlich eingeladen.

Eintritt 1.— Mk.

Oeffentliche Zentrums-Wählerinnen-Versammlung,

Donnerstag, 10. Februar, nachmittags 6 Uhr,

im Saale des Hotel „Zur Hause".

Frau Anton-Hagen

spricht über:

„Die christliche Frau und das Zentrum".

Alle Wählerinnen sind eingeladen.

Alle Zentrums-Wählerinnen, alle Jungzentrums-Anhängerinnen, alle Freundinnen der christlichen Solidarität müssen erscheinen.

Eintritt 1.— Mk. zur Deckung der Unkosten.

Zentrums-Verein.

Heute eingetroffen:
1 Waggon
Soester Brot,
Semmel, Schwarzbrot, Bauernstuten.
Carl Hahn,
Hagener Straße 45.

1 Ledersofa
preiswert zu verkaufen.
Besichtigung von 6—9 Uhr.
Zu erfr. in der Geschäftsst.

Eingetroffen!
Grüne Heringe
(Dicke) Pfd. 2.50 Mk.,
grüne Heringe
(Norwegen) Pfd. 3.50 Mk.
Fritz Asbeck
Telefon 712.

90 □ Meter
Gartenland
preiswert zu verkaufen.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

Bürgerverein Gevelsberg.

In der Jahreshauptversammlung vom 7. Februar wurde beschlossen, unter den Mitgliedern des Bürgervereins eine Sammlung freiwilliger Gaben für die

Oberschlesier-Spende

zu veranstalten. Wir appellieren an den Opfersinn unserer Mitglieder und bitten Spenden an unsern 1. Vorsitzenden Herrn Uhrmachermeister Hugo Boeck abzuführen. Ueber den eingegangenen Gesamtbetrag wird in der „Gevelsberger Zeitung" quittiert.

Der Vorstand.

Deutsch-demokratische Partei
Gevelsberg.

Bezirksversammlungen

Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr:
Bezirk 2 (Hause) bei **Carl Bente,** Hagener Straße.

Freitag, den 11. Februar, abends 8 Uhr:
Bezirk 1 (Vogelsang) bei **Peter Jochheim.**

Unsere Mitglieder und Freunde sind hierzu herzlich und dringend eingeladen.

Der Arbeitsausschuß.

Achtung! Achtung!

Gewerkschaftskollegen!

Großer Schuhwaren-Verkauf

im Gewerkschaftshaus Gevelsberg.

Ab Dienstag, den 8. Februar

bis auf weiteres werden im Gewerkschaftshaus Gevelsberg **alle Sorten Schuhwaren** zum Verkauf gebracht.

Verkaufszeit: Morgens 9—1 Uhr
Nachmittags 3—7 Uhr.

Der Ortsausschuß der Freien Gewerkschaften.

5. Winter-Vortrag

in der Aula des Realgymnasiums:

Arnold Böcklin (mit Lichtbildern)

am Montag, 14. Februar 1921, abends 8½ Uhr.

Redner: Herr Geh. Regierungsrat Prof. Dr. **Schmidt-Burgk** aus **Aachen.**

Einzelkarten 4 Mk. Schüler 2 Mk.

Gesellschaft „Eintracht" Gevelsberg.

Wir sind in der Lage auch an **Nichtmitglieder der Gesellschaft**

Weine

in jeder Menge abzugeben.

Preislisten versendet und Bestellungen nimmt unser Küfermeister Herr Böttcher entgegen.

Der Vorstand.

Stabeisen, Rundeisen, Bandeisen, Bleche und Ia. Werkzeugstahl
liefert ab Werk oder Lager
E. Keller, Gevelsberg.
Telefon Nr. 435.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede
Läuse-Plage
auch Flöhe f. Brut (Nissen) v. Mensch u. Tier m. mein. ges. gesch. Mittel „Echo da". Wanzen u. Haare unschädl. Zu haben in Gevelsberg:
Friseur E. Sauer Hagener Str.
Friseur Thiel, Mittelstr. 82.

Deutsch-demokratische Partei
Gevelsberg.

Samstag, den 12. Februar 1921, abends 8 Uhr,

sprechen im Saale des **Gasthof „Zur Hause":**

Herr **Sasse,** Leiter des Fürsorgeamtes, **Hagen:**

„Wie kommen wir aus der Not heraus?"

Herr Landgerichtsrat **Dr. Höpker-Aschoff** Bochum:

Spitzenkandidat der Deutsch-demokratischen Landtagsliste:

„Der Aufbau des Reiches und Preußens Aufgabe".

Freie Aussprache! Zur Deckung der Tageskosten 1.— Mark Eintritt. **Freie Aussprache!**

Alle Wählerinnen und Wähler, insonderheit unsere Mitglieder und Freunde sind hierzu herzlich eingeladen.

Arbeitsausschuß der Deutsch-demokr. Partei Gevelsberg.

Deutsche Bank
Depositenkasse Gevelsberg

Hauptsitz Berlin

Grundvermögen und Rücklagen 510 Millionen Mark.

Eröffnung laufender Rechnung mit und ohne Kredit. Eröffnung von Scheck-Rechnungen. — Annahme von Depositengeldern. — Einziehung von Wechseln und Schecks. — An- und Verkauf von Effekten und Devisen. — Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren. — Einziehung und Aufnahme von Dokumenten. — Bestellung von Akkreditiven. — Übernahme von Vermögensverwaltungen. — Ausstellung v. Kreditbriefen auf sämtliche Hauptplätze des In- u. Auslandes.

Barmer Bank-Verein

Kapital: M. 150 000 000.— Hinsberg, Fischer & Co. Hauptstelle Barmen Rücklagen: M. 35 000 000.—

Schwelm — Gevelsberg — Milspe.

Eröffnung von laufenden Rechnungen, Scheck- u. Einlagekonten.

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte, wie:
An- und Verkauf von Wertpapieren — Einlösung von Zinsscheinen und Sorten — Ausstellung von Kreditbriefen und Schecks — Einziehung von Dokumenten — Stellung von Akkreditiven.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren in eigenen diebes- u. feuersicheren Tresors.
Vermietung von Schrankfächern.

Gebrauchte Ladentheke und Glasausstellschrank
zu kaufen gesucht.
Zu erfr. in der Geschäftsst.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg

Heute abend ½9 Uhr im Vereinssaal Vogelsang:

Passions-Andacht

Pastor Simon.

Freiwillige Feuerwehr Gevelsberg

Samstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr:

Jahres-Hauptversammlung

im Vereinslokal des Herrn Karl Buschmann.

Tagesordnung:
1—8 gem. § 9 des Statuts.
9. Verschiedenes.

Anzug: Tuchrock.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

1 Herrenzimmer
bestehend aus: 1 Tisch, 1 Spiegelschrank für Bettwäsche, 1 Waschtisch mit Marmor- und Spiegelaufsatz, 1 Nachttisch, 1 Schreibtisch, 1 Sofa, 1 Sessel, 1 Rohrstuhl, 1 Schreibsessel, auch einzeln zu verkaufen, 1 Bücherschrank, sowie

1 Damensalon,
1 Speisezimmer,
1 weißlack. Schlafzimmer
mit Matratzen usw. Alles wie neu, ist preiswert zu verkaufen. Ob zusammen oder einzeln, eignet sich auch als Brautausstattung. Zu besichtigen bei

Wilh. Heß
Kaiserhofstraße 21.

Gut erhaltene, weiße
einschl. Bettstelle
mit Matratze zu verkaufen.
Schulstraße 4 II.

Ein junger
Dobermann
und ein gebrauchter
Kleiderschrank
zu verkaufen.
Hagener Str. 38.

Zwei tragende
Ziegen
zu verkaufen.
Wechelt. 16 (Oberbauer).

Tragende Ziege
zu verkaufen.
Berger-Stocken.

Freundl. möbl. Zimmer
an soliden Herrn zu vermieten
Mittelstraße 81 II. links.

Das Betreten
der Schlackenhalde wird
verboten.
Zuwiderhandelnde werden zur Anzeige gebracht.
Wilh. Schmidt, Bürgermeister.

Außergewöhnl. Angebot!

Bis Samstag, den 12. Februar verkaufe ich

Stoffe für **einen vollständigen Anzug, Mantel u. Paletot** reichend.

Ein Teil **3 Meter** zusammen . . **195.-**
Ein Teil **3 Meter** zusammen . . **250.-**
Ein Teil **3 Meter** zusammen . . **300.-**

Darunter **prachtvolle** Sachen für das Frühjahr in **reicher** Auswahl.
Es kommen **nur gute** Buckskins und Tuche zum Teil **reinwollene Qualitäten** zum Verkauf. — Auf Wunsch eigene Anfertigung, Lieferzeit 14 Tage.

Ferner:

Reinwollene Cheviots u. Kammgarne f. Konfirmanden der Meter **48.50** bis **75.00**

Rohnessel prima Qualität . . . . . der Meter **9.50**

Alb. Weinholz • Milspe.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede
Läuse-Plage
auch Brut (Nissen) v. Mensch u. Tier m. mein. ges. gesch. Mittel „Echo da". Für Wunden u. Haut unschädl. Echo da Nadika mittel gegen Wanzen. Abschreckende Anpreisungen weise man als Nachahmung zur. Herstell.: Erste Wand. Ungeziefer-Vertilg.-Anstalt. Essen. Zu haben in
Gevelsberg: Drogerie A. Schwermund, Mittelstr. 79.